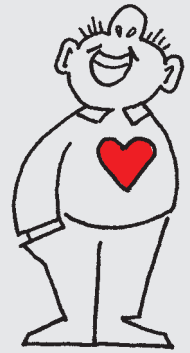


MALXE BLATT

mit Herz und Schnauze



3 / 2009

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

Ortsvorstand neu gewählt



Am 06.03.2009 wählte die Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Forst DIE LINKE einen neuen Ortsvorstand. Der Vorstand wurde auf zehn Mitglieder vergrößert. Neun Mitglieder wurden gewählt. Ein Platz, der einer Frau vorbehalten ist, bleibt bis zur Nachwahl frei. Anke Schwarzenberg (2.v.r.) wurde als Ortsvorsitzende wiedergewählt. Weitere Mitglieder sind (v.l.n.r.): Andre Müller, Jürgen Fischer, Robin Hanschke, Horst Beier, Cornelia Janisch, Anita Konzack, Renate Flemmig, Wilfried Krüger.

AG Malxeblatt

Solidarität, Demokratie, Frieden – gemeinsam für den Wechsel in Europa

Unter diesem Motto stand der **Europaparteitag** der Partei DIE LINKE am 28.02.2009 in Essen. Es galt, das Europawahlprogramm unserer Partei zu beschließen und die Kandidaten zu wählen, die für uns in das nächste Europaparlament einziehen sollen.

Zu Beginn des Parteitages berichtete uns Gabriele Zimmer von der intensiven Arbeit, welche die vier Frauen und drei Männer, die noch mit dem Mandat der PDS gewählt wurden, in den vergangenen fünf Jahren geleistet haben.

Dann sprach Lothar Bisky zu den Aufgaben, die vor uns liegen. Dabei ging er natürlich vor allem auf die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise ein, die er die »größte Wertvernichtung seit dem Zweiten Weltkrieg« nannte. Er forderte deshalb:

- hochspekulative Finanzprodukte, wie Hedge Fonds, zu verbieten,
- eine Börsenumsatzsteuer einzuführen und

- die Umverteilung von unten nach oben zu beenden, denn die Bekämpfung der Armut, bessere Löhne und öffentliche Investitionen, der Zugang zu Wasser, Bildung, Kultur und Medien für alle, sind auch weltwirtschaftlich gesehen das beste Anti-Krisenprogramm.

In der anschließenden Diskussion über das Wahlprogramm waren sich die Delegierten einig, dass unsere Partei den Vertrag von Lissabon ablehnt. Wir sind für ein vereinigtes Europa, aber dieses soll anders aussehen, als in diesem Vertrag festgelegt.

In der anschließenden Bundesversammlung wurde Lothar Bisky mit 93,4 Prozent der Stimmen zu unserem Spitzenkandidaten für die Europawahlen im Juni 2009 gewählt. **Ulrike Werschnick, Parteitage delegierte**

siehe Hinweis S. 2 Europawahl tour 2009

Unsere Direktkandidatin für den Landtag:

Kerstin Nedoma

In einer Mitgliederversammlung am 21. Februar in Guben wurde Kerstin Nedoma von 94 % der Anwesenden als Direktkandidatin für die Wahl zum Brandenburger Landtag am 27.09.



2009 im Wahlkreis 41 (Forst, Guben, Schenkendöbern und das Amt Peitz) gewählt. Kerstin Nedoma ist 46 Jahre alt, verheiratet und hat zwei Söhne (20 und 25 Jahre). Seit 2008 ist sie als Fachseminarleiterin am Landesinstitut für Lehrerbildung im Studienseminar in Cottbus tätig.

Kerstin Nedoma ist fast 20 Jahre erfolgreich in der Kommunalpolitik aktiv. Seit 1990 ist sie Stadtverordnete in der SVV Guben und von 1993 bis 2003 war sie Mitglied im Kreistag Spree-Neiße. Für ihr herausragendes kommunalpolitisches Engagement wurde sie von der damaligen Sozialministerin Regine Hildebrand mit dem Frauenpreis »Brandenburgerin 1998« geehrt. Mehr zur Person erfahren Sie in den nächsten Ausgaben.

Information des Ortsvorstandes!

Wir ziehen um!

Die Geschäftsstelle der LINKEN in Forst zieht um. Wir sind ab 01.04.2009 in der Berliner Str. 22 zu erreichen.

Öffnungszeiten und Telefonnummern ändern sich nicht.

Ortsvorstand DIE LINKE

Europawahl tour 2009

Eine Radwanderung für die ganze Familie

Unter dem Motto »Europa verändern« findet vom 21. bis 23. Mai 2009 eine »Kleine Friedensfahrt« statt. Zur Wahl am 07. Juni zu gehen, sich für ein soziales Europa und für DIE LINKE und ihre Kandidaten zu entscheiden, ist Sinn und Zweck dieser Etappen- und Sternfahrt im Land Brandenburg.

In der Geschäftsstelle der LINKEN Forst liegt eine Starterliste aus. Hier bitte bis 01.04.09 eintragen. Nähere Informationen unter Telefon 0355 861017 oder 0171 4977291. **Peter Schömmel, EL-Netzwerk Brandenburg**

Einer geht noch ...



»Einer geht noch rein! ...« könnte man dann singen, wenn der Kreisverkehr Spremberger Straße, Nähe Bahnübergang, fertiggestellt ist. Viel Unmut hat sich in den letzten Tagen zu diesem geplanten Bauvorhaben unter den Forster Bürgern breitgemacht.

Im Mittelpunkt stand dabei die Sorge um die Unpassierbarkeit des »Kreisels« bei geschlossener Schranke und den damit zu erwartenden noch längeren Staus. Genau das waren auch die Bedenken der Abgeordneten in den Diskussionsrunden der letzten drei Jahre, als die Planung von der Landesstraßendirektion, zuständig für diese Bundesstraße, vorgestellt wurde. Die damalige Lösung: Ein durchgängig zweispuriger Kreisverkehr, in dem die Durchfahrt in die freien Richtungen auch bei geschlossenem Bahnübergang problemlos möglich ist. Das war der letzte, den Abgeordneten bekannte, Stand der Dinge, der mehrheitlich bei den städtischen Gremien die Zustimmung fand. Sollten die Verantwortlichen mittlerweile anders entschieden haben und eine der Allgemeinheit nicht bekannte Variante des Kreisverkehrs bauen wollen, wäre das fatal. Fatal deshalb, weil Zeit und Gedanken der Volksvertreter vergeudet wurden. Fatal, weil damit kaum von einer vertrauensvollen Zusammenarbeit gesprochen werden kann und fatal, weil dann das Verkehrsproblem nicht gelöst, sondern ökonomisch und ökologisch verschärft würde. Sollte das so sein, wäre es dringend notwendig, das gesamte Projekt im Interesse der Betroffenen und der Entscheidungsträger erneut auf den Prüfstand zu stellen, bevor es zu spät ist.

Heinz-Peter Bischoff, Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Forst, Vorsitzender des Ausschusses für Bau und Planung

Aktuelle Krise ist eine des Systems

Bis heute hat die Bundesregierung die Dimension der aktuellen Krise nicht erkannt. Es ist nicht einfach nur eine konjunkturelle Krise, die quasi fast automatisch in den nächsten Aufschwung mündet. Es ist eine Systemkrise, die grundsätzliche Fragen aufwirft.

So wird das gegenwärtige Modell kapitalistischen Wachstums in Frage gestellt. Das Verhältnis von Real- und Finanzwirtschaft steht völlig auf dem Kopf. Wie können die Auswirkungen der Globalisierung in einem regionalen oder nationalen Rahmen reguliert werden? Grundlegend stellt sich auch die Frage nach der Zukunft der öffentlichen Daseinsvorsorge. Der Regierung fehlt eine umfassende Analyse, sie hechelt von einem Krisenherd zum anderen – und immer hinterher. Nun hat der US-Versicherer AIG schwere Schlagseite bekommen. Mit ihm stehen auch viele Cross-Border Leasing-Geschäfte der Kommunen auf der Kippe. In ihrer Finanznot hatten sich nicht wenige Kämmerer darauf eingelassen, ihr kommunales Tafel Silber an US-Investmentfirmen zu verkaufen, um es wieder zurückzuzumieten. Opel ist letzten Endes überall. Von der Krise bedroht sind auch kleinere, mittlere und Kleinstfirmen ebenso wie Selbstständige und Freiberufler – nur mit dem Unterschied, dass es für sie keinen staatlichen Rettungsschirm gibt. Viele Probleme brauchen kurzfristige Antworten, vor allem aber brauchen wir einen langfristigen, nachhaltigen und sozial ausgewogenen Kurswechsel.

Bis heute fehlt eine Antwort der Regierung auf die Frage, unter welchen Bedingungen der Staat bei Unternehmen einsteigen soll. DIE LINKE will kein Zurück zu einem VEB Opel. Wir haben aus der Geschichte gelernt

und setzen uns für wirkliche Mitspracherechte, für Transparenz und Kontrolle ein. Es geht um zukunftsfähige Lösungen, bei Opel z. B. um sparsame Autos, um Service, um eine umweltgerechte Mobilität. Das ist zu fördern. Was aber nicht sein kann ist, dass Unternehmen staatliche Hilfen erhalten und dann mit dem Geld machen, was sie wollen... Im Gegenteil: Mit dem Einsatz öffentlicher Mittel sollen Eigentumsrechte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Unternehmen entstehen, desgleichen, wenn die Beschäftigten im Interesse der Sanierung des Unternehmens auf einen Teil des Lohns verzichten.

Allein auf Kurzarbeit zu setzen ist für DIE LINKE zu kurz gedacht. Sie will auch hier einen Kurswechsel hin zu einem Öffentlichen Beschäftigungssektor auf den Gebieten von Bildung, Gesundheit, Pflege, Kultur und Sport.

Bis zu einer Million Arbeitsplätze können so entstehen. Notwendig ist, auch wenn dies schon oft betont wurde, ein Politikwechsel, der die Kaufkraft im Inland deutlich anhebt. Die Verlängerung des ALG I, die Anhebung des ALG II auf 435 Euro, ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn, Arbeitszeitverkürzung – all das sind wirksame Maßnahmen für Binnennachfrage und Beschäftigung.

Finanziert werden kann dies u. a. durch ein gerechtes Steuersystem, darunter eine Millionärsabgabe von 5 Prozent für Vermögen über 1 Million Euro.

Das sind die Vorstellungen der LINKEN für einen wirklichen »Pakt für Deutschland«.

Dagmar Enkelmann, MdB, Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE.



Der Bundesgeschäftsführer meint Presseerklärungen von Dietmar Bartsch zu aktuellen Themen

Münteferings Krokodilstränen Zur Forderung des SPD-Vorsitzenden Müntefering, die Managergehälter zu begrenzen

Nur zu gern macht die SPD in letzter Zeit zwei Forderungen auf: Kampf den sittenwidrig niedrigen Löhnen wie den sittenwidrig hohen Gehältern. Für den SPD-Vorsitzenden sind das die zentralen Botschaften der Kampagne »Das neue Jahrzehnt«. Vergessen scheint dabei das vergangene Jahrzehnt. Seit mehr als zehn Jahren trägt die SPD in Deutschland die Regierung mit. Zwei Zahlen sagen alles: In den vergangenen zehn Jahren hat sich sowohl die Zahl der Vermögensmillionäre als auch die Zahl der Kinder in Armut verdoppelt. Seit mehr als zehn Jahren gibt es faktische Reallohneinbußen, gibt es faktisch die Ausdehnung des Niedriglohnssektors, gibt es faktisch eine Liberalisierung des Finanzmarktes, der Riesengehälter erst

möglich macht, gibt es faktisch eine steuerliche Entlastung hoher Einkommen durch sinkenden Spitzensteuersatz ... Das alles ist Ergebnis sozialdemokratischer Politik. Mit Blick auf die vergangenen zehn Jahre können die Forderungen der SPD mit dem Vergeben großer Krokodilstränen verglichen werden. Mit Blick auf die aktuelle Situation darf man Herrn Müntefering ruhig mit auf den Weg geben: Gegen die sittenwidrig niedrigen Löhne hilft ein gesetzlicher, flächendeckender Mindestlohn von mehr als 8 Euro. Vorgeschlagen von der LINKEN, abgelehnt auch von der SPD. Gegen sittenwidrig hohe Gehälter kann die Regierung etwas tun: die deutliche Anhebung des Spitzensteuersatzes und die Deckelung von Managergehältern. Vorgeschlagen von der LINKEN, abgelehnt auch von der SPD. Dabei wäre eine Mehrheit im Bundestag jenseits von Union und FDP möglich.

Wenn die Stadtverordnetenversammlung tagt, berichtet die Lausitzer Rundschau auf der ersten Seite des Lokalteils. Der Haushalt der Stadt wird umfänglich erläutert und die Inhalte der Arbeit von Ausschüssen erreichen wenigstens teilweise die Leser.

Wenn der Kreistag berät, ist eine Berichterstattung eher Glückssache und die Ausschüsse tagen oft genug unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Fernsehübertragungen der lokalen Fernsehstationen in Guben, Forst oder Spremberg waren noch nie ein Thema. Die Bürgerinnen und Bürger kennen deshalb auch kaum die Bedeutung von Haushaltsdiskussionen und die alljährlichen Debatten zur Kreisumlage. Der Landkreis erfüllt vor allem Pflichtaufgaben, dazu gehören die Abfallentsorgung, der öffentliche Nahverkehr, die Betreuung der Gymnasien und Oberstufenzentren, die Betreuung der Empfänger von Hartz IV und weiterer sozialer Leistungen. Diese Aufgaben werden durch finanzielle Zuweisungen des Landes Brandenburg und durch eine Umlage von den Gemeinden finanziert. Eigene Steuereinnahmen hat der Landkreis nicht. Jährlich werden mehr als 120 Millionen Euro ausgegeben. Der Kreishaushalt steckt tief in den roten Zahlen. Aktuell fehlen mehr als 44 Millionen Euro. Der Kreistag muss im Rahmen des Haushaltsbeschlusses also jährlich einen Betrag festlegen, den die Gemeinden an den Kreis abzuführen haben. Dabei stoßen natürlich die unterschiedlichen Interessen der Kommunen, der Kreisverwaltung in Person des

Der Kreistag, das unbekannte Parlament

Landrates und der Gemeinden aufeinander. Besonders interessant wird dies dann, wenn frühere hochrangige Beamte des Landkreises in einer Stadt wie Spremberg Bürgermeister werden. Dann kritisieren sie die Entscheidungen, an denen sie früher entscheidend mitgewirkt haben. Andererseits erleben wir die ehrenamtlichen Bürgermeister vieler Gemeinden, die zuerst an ihre Gemeindekasse denken und erst in zweiter Instanz an ihr Kreistagsmandat. Besonders auffällig ist das bei der CDU. Alljährlich kommt aus dieser Fraktion der Antrag, die Umlage deutlich zu senken, oft über ein vertretbares Maß hinaus. In diesem Jahr wollte der Landrat eine Umlage von 49,2 %, dies entspricht etwa 62,5 Millionen Euro. Damit hätten fast alle Kommunen weniger Geld in der Kasse behalten als 2008, dies war dann das entgegengesetzte Extrem. Nach vielen Diskussionen in den Ausschüssen und einigen Telefonrunden der Fraktionsvorsitzenden gelang am Ende ein vernünftiger finanzieller Kompromiss. Auf der Basis eines Antrags unserer Fraktion beschloss der Kreistag eine Umlage von 46,25 %, dies entspricht rund 58,5 Mio. Euro. Darin enthalten ist ein Finanzpaket von 370.000 Euro für kulturelle Einrichtungen, die eine überörtliche Bedeutung haben. Mit diesem Geld soll u. a. das Textilmuseum in Forst unterstützt werden. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der LINKEN, der SPD und einiger Abgeordneter aus anderen

Fraktionen gefasst. Die CDU wollte mit uns keinen Kompromiss aushandeln. In solchen Situationen wird die Linke im Kreistag gebraucht, wenn es aber um die Verteilung von Posten geht, sind sich CDU und SPD über die Ausgrenzung unserer Fraktion meistens einig. In Zukunft wird diese Art des Umgangs ihren Preis haben müssen.

Die finanzielle Lage in den Gemeinden des Landkreises ist sehr unterschiedlich. Einige sind hoch verschuldet, andere haben einen ausgeglichenen Haushalt. Nur die Gemeinde Teichland ragt aus allen heraus. Weil auf ihrem Gelände das Kraftwerk Jänschwalde liegt, erhalten die 1 200 Einwohner jährlich mehr als 20 Millionen Euro Steuereinnahmen. Die Finanzgesetze Brandenburgs lassen eine differenzierte Abgabe der Kommunen nicht zu, deshalb schwimmt Teichland im Geld. Die Nachbarstadt Peitz dagegen steckt, wie auch Forst, in existenziellen Schwierigkeiten. Der Kreistag will deshalb eine Gesetzesänderung im Land. Leider sind wir im Wahljahr und eine neue Finanzgesetzgebung wird wohl noch Jahre auf sich warten lassen. Also wird Teichland weiter Millionen anhäufen und andere Orte werden ihre Haushaltslöcher verwalten und dies nur, weil ein Kraftwerk aus DDR-Zeiten steuerlich zu einer kleinen Gemeinde gehört.

*Ingo Paeschke,
Kreistagsabgeordneter,
Mitglied des Finanzausschusses*

Die Haushaltsdiskussion in der SVV Forst umfasst zwei Teile: den **eigentlichen Haushalt für das laufende Jahr** und das **Haushalts-sicherungskonzept**.

Das Haushaltssicherungskonzept, auch HASIKO genannt, schreibt Maßnahmen zur Einnahmenerhöhung und zur Ausgabenreduzierung in Jahresscheiben fest, die der Reduzierung des Fehlbetrages dienen. Dem Landrat, als allgemeine untere Landesbehörde, muss die Haushaltssatzung und das HASIKO zur Genehmigung vorgelegt werden.

In der SVV werden beide Beschlussvorlagen getrennt voneinander abgestimmt. In diesem Jahr ist die Diskussion zum HASIKO besonders intensiv.

Bisher liegt uns der Haushalt noch sehr unvollständig vor. Die beschlossene erhöhte Kreisumlage und die Mittel aus dem Konjunkturpakt II sind noch nicht eingearbeitet. Trotzdem liegt die Verschuldung jetzt schon bei ca. 1.160 Euro je Einwohner. Aus diesem Grund ist der Druck auf die Stadtverordneten durch die Genehmigungsbehörde sehr groß. Hinzu kommt der Druck des Landes im Zusammenhang mit der Gewährung von finanziellen Mitteln aus dem Ausgleichsfond.

Ein Sparwille soll deutlich gezeigt werden, ansonsten muss die Stadt ca. 1,7

Stadthaushalt bleibt »heißes Eisen«

Millionen Euro zurückzahlen. Diese Mittel hatte die Stadt 2007 vom Land erhalten. Die Stadtverwaltung hat im HASIKO eine Reihe von Sparvorschlägen zusammengestellt, über die in der nächsten SVV abzustimmen ist. Was können wir von diesen Vorschlägen mittragen?

Wir werden nicht zustimmen:

- einer Senkung der Zuschüsse für die Essensversorgung an den Grundschulen und den Kindertagesstätten,
- einer prozentualen Kürzung (10 %) der Zuschüsse an Vereine und Ortsbeiräte und
- einer Senkung der Ausgaben für den Bereich freiwillige Jugendarbeit.

Worüber man mit uns reden kann:

- über die im HASIKO enthaltenen Prüfungsaufträge zur Optimierung der Gebäudestruktur für die Stadtverwaltung und zur Optimierung des Betriebsamtes, den Friedhofsentwicklungsplan, die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes, die Vorlage eines Personalentwicklungskonzeptes und die Vorlage einer Sozialraumanalyse. Wirtschaftliche Betrachtungen zum Betreiben der Schwimmhalle und des Freibades unterstützen wir. Diese konzeptionelle Arbeit

ist Voraussetzung, um richtige Schlussfolgerungen zu ziehen.

- über eine moderate Erhöhung der Grundsteuer B – 400 % ist zu hoch,
- über eine Erhöhung der Vergnügungssteuer (Spielautomaten, Spielcasinos),
- über eine effiziente Parkraumbewirtschaftung, das Prinzip der Gebührenfreiheit in der Cottbuser und Berliner Straße soll dabei bestehen bleiben.

Es ist ein kleiner Auszug der aufgeschriebenen Maßnahmen. Die entscheidende Arbeit setzt mit der Vorlage der geforderten Konzeptionen ein, die dann zu bewerten sind.

Wir sind also mit der Diskussion zur Genesung des Haushaltes noch lange nicht am Ende.

*Anke Schwarzenberg
Stadtverordnete DIE LINKE, Mitglied
des Haushalts- und Finanzausschusses*

Spruch des Monats

»Tue das Wichtigste zuerst:
Dann zerlegst du die größten Probleme
in handliche Portionen.«

Dwight Eisenhower

Petra Paus Newsletter

60 Jahre Grundgesetz – mehr Demokratie wagen

Vorgeschlagen wird, aus Anlass »60 Jahre Grundgesetz«, die deutsche Sprache »im Grundgesetz zu verankern«. Dem Jubiläum angemessen und überfällig wäre es, endlich Volksabstimmungen auch auf Bundesebene freizuschalten. Artikel 20 (2) Grundgesetz bietet dafür die Chance. Der Bundestag müsste lediglich mit 2/3-Mehrheit zustimmen. Derzeit gibt es im Bundestag drei Anträge, die das begehren. Die Vor-Abstimmung im Innenausschuss zeigte allerdings: Die CDU/CSU legt sich weiterhin quer. Auch die SPD votierte nicht für mehr Demokratie.

In Fragen direkter Demokratie ist die Bundesrepublik Deutschland noch immer ein EU-Entwicklungsland. Noch besteht die Chance, diesen fundamentalen Makel im Plenum des Bundestages zu beseitigen.

Die Großen, die Kleinen und mehr Gemeinsinn Der Bund hat das Land Berlin verklagt, weil es 50 Millionen Euro zu viel an Hartz-IV-Empfänger gezahlt haben soll.

So sieht das Krisen-Management der Bundesregierung aus: Die Großen werden beschirmt, die Kleinen werden verklagt und die Bundeskanzlerin fordert von allen mehr Gemeinsinn.

(Petra Paus ist Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE und im Innenausschuss)

PINNWAND

Termine

Di., 17.03., 18:30 Uhr, »Hornoer Krug«:
Sitzung der Fraktion der SVV Forst

Di., 31.03., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Berliner Str. 22:
Beratung des Ortsvorstandes

Sa., 04.04., 13:00 Uhr,
Filmtheater »Weltspiegel«, Rudolf-Breitscheid-Str. 78:
Gesamtmitgliederversammlung in Cottbus

Mo., 06.04., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:
AG »Malxe-Blatt«

Geburtstage

10.03.: 77 Jahre, Gen. Manfred Rademacher in Döbern
27.03.: 87 Jahre, Gen. Fritz Standfest

29.03.: 77 Jahre, Genn. Christa Bigalke in Döbern

Herzlichen Glückwunsch den Jubilaren!

Die AG Soziales lädt am 24. März 2009 um 17:30 Uhr
in die **Förderschule am Pestalozzplatz 7,**

zur offenen Diskussion zum Thema:

**»Vier Jahre nach Einführung von Hartz IV:
Wie leben mit Hartz IV? Welche Folgen für die
Betroffenen? Was muss sich verändern?«**

Betroffene und Interessenten recht herzlich ein.

Als Gäste werden erwartet:

- **Christian Görke**, Mitglied des Landtages, Arbeitsmarktpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion DIE LINKE,
- **Diethelm Pagel**, Kreisvorsitzender des Kreisverbandes Lausitz, DIE LINKE, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE im Kreistag Spree-Neiße,
- **Uwe Neuer**, Arbeitsloser und Betroffener und
- **Michael Elte**, Rechtsanwalt.

Durch die Veranstaltung führt die Moderatorin und Ortsvorsitzende Anke Schwarzenberg.

Wir freuen uns auf eine rege Teilnahme.

Rechtsberatung zu Hartz IV

RA Michael Elte berät **am 30.03. und 20.04.09**, ab 10 Uhr
in der Geschäftsstelle der LINKEN, Berliner Straße 22

Terminvereinbarung telefonisch oder persönlich
jeweils Di. und Do. von 14 bis 17 Uhr, ☎ (03562) 69 34 34 oder 78 52.

Beratungsgebühr zwischen 5 und 10 €.

Der »Runde Tisch gegen Extremismus Forst«
lädt **am 19. März um 18:00 Uhr**
ins Bürgerzentrum Forst
recht herzlich zu einer Veranstaltung ein,
dessen Thema lautet:

»Zeichen und Codes der rechtsextremen Szene«.

Immer wieder beobachten wir Zeichen und Codes an Kleidungsstücken von Jugendlichen und Erwachsenen und können sie nur schwer einordnen. Welche Ideologie steckt dahinter, was soll verschlüsselt werden, wie sind Menschen in unserer Region in die rechtsextreme Szene eingebunden?

Neben Zeichen und Codes wird es auch um Strukturen in der rechtsextremen Szene in der Region gehen. Das Mobile Beratungsteam Cottbus wird ausführlich berichten, danach gibt es Gelegenheit zu Nachfragen und zur Diskussion.

Andreas Beckmann, Sprecher

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Cottbuser Straße 54, 03149 Forst
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
oder im

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Internet: www.dielinke-lausitz.de
E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.